

Platz abbeck

Nr. 2, 8. April 2023

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Köln

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,

Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

www.linksfraktion-koeln.de

Die Städtischen Kliniken erhalten

Das Mehrheitsbündnis und die Oberbürgermeisterin hat es versäumt, die Kliniken zukunftsfähig aufzustellen. Die Sanierung der Gebäude und die Modernisierung von Großgeräten unterblieben. Stattdessen wurde Zeit und Geld in das unrealistische Luftschloss der Klinikfusion mit der Uniklinik gesteckt.

Nun scheint sich im Rat eine Mehrheit für das von der Geschäftsführung der Kliniken vorgelegte „Zukunftskonzept“ abzuzeichnen. Damit sollen die Kliniken auf Kosten der Gesundheitsfürsorge der Bevölkerung kleingespart werden: Das Krankenhaus Holweide und die Kinderklinik in Riehl sollen geschlossen, Betten abgebaut und wertvolle Klinikgrundstücke an Investoren verschertelt werden.

Die Kinderklinik soll am Standort Merheim zwar neu aufgebaut werden. Viele Investitionen, auch von Privat Spendern um den Förderverein, wären umsonst.

DIE LINKE möchte alle drei Standorte erhalten. Die Stadt, die während der Diskussion um die Klinikfusion immer wieder erklärt hat, die Städt. Kliniken sanieren zu wollen, muss eine Patronatserklärung dazu abgeben. Das meint eine Verpflichtung, die notwendigen Gebäudesanierungen an den Klinikgebäuden an allen drei Standorten durchzuführen sowie notwendige Investitionen in Großgeräte zu tätigen. Sie muss auch endlich stärkeren Druck auf das Land ausüben, seinen Investitionsverpflichtungen nachzukommen.

Fortsetzung Seite 12 →

Seid solidarisch mit den Erdbebenopfern!

Viele in Köln lebende Menschen insbesondere aus der Türkei, Kurdistan und Syrien sind über die Folgen der Erdbeben verzweifelt und wütend. Sie sind aktiv, um den Menschen in der Heimat zu helfen. Inzwischen ist klar, dass es viel mehr Tote gibt als die durch den türkischen Staat bezifferten 50.000 Menschen. Millionen sind obdachlos. Erdogan und seine korrupten Handlanger haben versagt. Sie versuchen sich sogar an Spenden zu bereichern. Spendengelder und Sachspenden erreichen nicht die Menschen vor Ort. Ein Freund berichtete, wie er erlebt hat, dass die türkische Armee mehrere Tage nach dem Erdbeben in den Ka-

sernen geblieben ist und den Menschen nicht geholfen hat.

Inzwischen ist die Katastrophe und das große menschliche Leid, das sie verursacht hat, nicht mehr in den Medien wiederzufinden. Trotzdem bilden sich immer noch viele Netzwerke in der Stadt, die den Menschen helfen.

Im Kölner Stadtrat am 23. März erklärte ich für die Ratsfraktion DIE LINKE:

„Es ist auch völkerrechtswidrig und schäbig, wenn die Türkei unmittelbar nach dem Erdbeben die Kurden in Syrien bombardiert. Das klagen wir an!

Trotzdem werden wir die Städte-



Veranstaltung der Initiativen Kölner Helfen, Tüday und dem Kinderhilfswerk Mesopotamien in Bürgerzentrum Ehrenfeld. Bisher ist über diese Initiativen für die Erdbebenopfer über 85.637 Euro zusammengekommen, wovon bereits 49.000 Euro den Menschen in den Erdbebengebieten zugute gekommen sind. Alleine 23.905 Euro der Spenden wurden von den Gästen der Stuncksitzungen gespendet.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

→ partnerschaft mit Istanbul nicht in Frage stellen und die Beziehungen nicht abbrechen. Kommunale Außenpolitik heißt auch, gerade jetzt den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien zu helfen:

Mit Hilfen, Spenden und der Möglichkeit, sich in Deutschland für eine gewisse Zeit auszuruhen. – Meine Kölner Ratsfraktion, aber auch der Integrationsrat sind verärgert und enttäuscht, dass es eben keine einfache bundesweite Einreiseerlaubnis für Erdbebenopfer gibt. Eine verpasste Chance, den Menschen in der Türkei zu zeigen: Wir Demokraten stehen zu euch und wissen, dass die Erdogan-Armee

und die türkische Verwaltung versagt haben.“

Der Kölner Integrationsrat hat auf seiner Sitzung Ende Februar einstimmig Resolutionen zum Erdbeben verfasst und fordert die Bundesregierung auf, die Einreiseerlaubnis zu vereinfachen.

Nur ca. 1.500 Menschen konnten aus dem Erdbebengebiet bisher einreisen (Stand Mitte März). Viele interkulturelle Zentren sind aktiv und helfen den Menschen.

Die Alevitische Gemeinde in Köln ist sehr aktiv. Oft müssen auch traumatisierte Menschen hier bei uns beraten und betreut werden. Wie geht es weiter mit der Türkei?

Was passiert bei den Wahlen am 14. Mai?

Gelingt es der Opposition Erdogan abzuwählen? Hochrechnungen sprechen im Moment dafür. Es ist aber unvorstellbar, dass Erdogan und seine AKP die Plätze räumen. In den Medien liest man, dass sich Erdogan mit offen terroristischen, islamistischen Kräften einlässt. Für viele demokratische Menschen aus der Türkei, Kurdistan und Syrien werden die nächsten Monate schwer und anstrengend bleiben.

Wir brauchen jetzt eine lange Zeit der Internationalen Solidarität. DIE LINKE ist dabei!

Jörg Detjen

Großbauprojekte der Stadt: Welche sind für die Menschen wichtig?

Im vergangenen Oktober legte die Oberbürgermeisterin dem Hauptausschuss die Liste der 122 Großbauprojekte der Stadt vor. Die bemerkenswerte Botschaft: Die Verwaltung sei ratlos, wie sie die Bauvorhaben, die mehr als zehn Millionen Euro kosten, in den kommenden Jahren bewältigen könne. Für rund ein Viertel konnte noch gar nicht mit ersten Vorarbeiten begonnen werden, weil Personal dafür fehlt.

In den verschiedenen Ausschüssen wurde die Liste seitdem wie eine heiße Kartoffel herumgereicht. Der Investitionsstau von bundesweit 160 Milliarden Euro bei den Kommunen wurde von anderen Fraktionen nicht erwähnt. Dass permanent rund 2.500 Stellen in Kölns Verwaltung nicht besetzt sind, ebenfalls.

Zugleich wurden Schulen, Brücken, Museen jahrzehntelang nicht saniert. Die schwarze Null lässt grüßen. Jetzt muss alles auf einmal passieren. Wenn Bund und Land die Kommunen nicht finanziell besserstellen, gibt es die sozial-ökologische Transformation nur in Ansätzen.

Aber der Rat muss im Hier und Jetzt mit dem Handeln beginnen. Die Linksfraktion beschloss, für den 23. März einen eigenen Antrag zu stellen. Er forderte zunächst, fünf Projekte im Wert von rund 1 Milliarde Euro sofort zu beenden: u. a. den überflüssigen Tunnel unter der Ost-West-Achse, das innenstädtische Prestigeobjekt

„Historische Mitte“, den östlichen Ringschluss in Mülheim-Süd, eine völlig neue Autotrasse.

Für die verbliebenen 117 Bauvorhaben sollte ferner die Verwaltung einen Kriterienkatalog erarbeiten und eine Liste mit prioritär auszuführenden Bauprojekten. Es verstünde sich, dass viele Bauvorhaben gesetzliche Pflichtaufgaben sind, z. B. Schulgebäude, Unterkünfte für Obdachlose oder Geflüchtete, Sanierungen für Brandschutz oder Barrierefreiheit.

Vier weitere Kriterien schlägt unser Antrag vor: Sichert das Bauvorhaben erstens eine nachhaltige soziale und kulturelle Infrastruktur? Aktuell bedeutete dies: Priorität für Schulgebäude, bezahlbaren Wohnraum, Housing First, öffentlichen Verkehr, Radwege, Photovoltaik auf städtische Dächer.

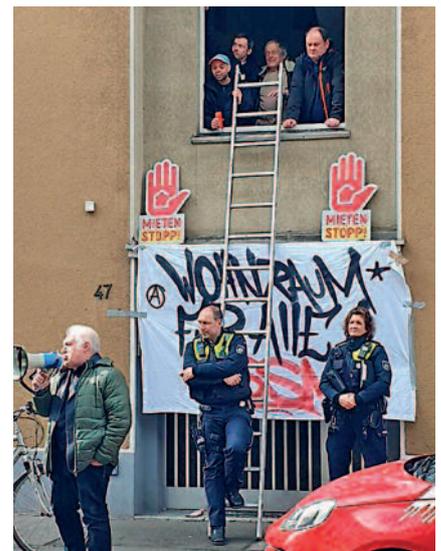
Zweitens ist zu fragen: Wo in der Stadt ist der Bedarf für öffentliche Investitionen am größten? Wir denken, dass dies für die 15 Sozialraumgebiete Kölns gilt. Hier leben viele Menschen mit geringem Einkommen, oft hoch belastete Familien und Alleinerziehende.

Drittens möchte DIE LINKE, dass ökologische Aspekte ein Kriterium darstellen, z. B. „Sanierung vor Abriss und Neubau“. Viertens ersparen rechtzeitige Investitionen oft zukünftig höhere Kosten, z. B. ein neues Zentraldepot für Museen.

Aber ohne mehr Personal sind

massive Investitionen für eine solidarische und nachhaltige Stadt nicht möglich. KITAS und KVB stellen derweil sogar ihre Angebote wegen Personalmangels ein. Der Rat muss andere politische Mehrheiten bekommen. Einen Antrag zur Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst lehnte er am 23. März kurzfristig ab. Unser Großprojekte-Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen.

Heiner Kockerbeck



Beim Housing Action Day am 25.3. besetzten Aktivist*innen ein Haus der Russischen Föderation, um auf den skandalösen, jahrzehntelangen Leerstand aufmerksam zu machen. Unter den Hausbesetzern war auch der Fraktionsgeschäftsführer Michael Weisenstein.

Großes Interesse an höherem Wohngeld-Bezug Aktion der Kölner Ratsfraktion

Bei der Stadt Köln liegen inzwischen mehr als 10.000 unbearbeitete Wohngeldanträge vor. Das ist ein Ergebnis der Beschlüsse der Bundesregierung gegen Energiearmut. Die Wohngeldreform wird von den Kölnerinnen und Kölnern genutzt, weil die Mittel und der berechnete Personenkreis deutlich aufgestockt wurden. Die Bearbeitung der Anträge bei der Stadtverwaltung wird Monate dauern, auch wenn die Wohngeldabteilung jetzt um 120 Personen aufgestockt werden soll.

Im Rahmen der Kampagne der Ratsfraktion in den städtischen Sozialraumgebieten, d. h. Stadtquartieren mit geringen Einkommen, haben wir in Ehrenfeld in den Quartieren Bickendorf und Westend 4.000 Handzettel verteilt und darauf aufmerksam gemacht, wie Wohngeld beantragt werden kann. Der Zuspruch war gut, und die Hinweise, wo und wie man sich beraten lassen kann, wurden interessiert aufgegriffen. Am 11. März führten die Mitglieder der Bezirksvertretung Ehrenfeld Ulrike Detjen und Albert Töws zusammen mit dem Ratsmitglied Jörg Detjen und weiteren Helferinnen und Helfern zwei Info-Stände durch.

Ulrike Detjen, Albert Töws, Jörg Detjen



Energie- und Preissteigerungen? Wir helfen Ihnen mit Tipps und Ratschlägen

Sie verdienen nicht so viel, z.B. 1.600 Euro brutto oder Sie leben zu zweit und haben zusammen 2.000 Euro brutto? Dann können Sie prüfen, ob Sie einen **Anspruch auf Wohngeld haben**. Es lohnt sich, den einfachen Wohngeldrechner im Internet mit nur fünf Daten über Einkommen und Miete in Gang zu werfen. Falls Sie selbst nicht betroffen sind, dann können Sie Freunde und Bekannte auf diese Möglichkeit aufmerksam machen.

Ist das zu aufwendig für Sie? Es gibt kostenlose Beratungsangebote mit Fachleuten, die Ihnen gerne weiter helfen. Hier in Köln-Bickendorf sind das z.B. das Cafe Bickolo oder die Aktion Nachbarschaft e.V.
Aber auch unser Stadtratmitglied Jörg Detjen und unsere Ehrenfelder Bezirksvertreter/in Albert Töws und Ulrike Detjen können Ihnen helfen.

Bei den gewaltigen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energiekosten ist große Aufmerksamkeit angebracht.

Seit Januar 2023 haben mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld und es wird auch mehr Geld gezahlt. Köln liegt beim Wohngeld in der Mietstufe 6, d.h. hohe Mietkosten, wie in unserer Stadt, werden bei der Berechnung des Wohngeldes berücksichtigt.

Offene Sprechstunde in Bickendorf und Westend, Samstag, den 11. März
von 10 bis 13 Uhr an den Infoständen
> Sparkasse am Rochusplatz,
Venloer Str. / Ecke Rochusstr. und im
> Westend an der KVB-Haltestelle Wolffsohnstr.

Wir haben an unseren Infoständen zahlreiche Informationsmaterialien wie man Energiekosten einsparen kann. Sprechen Sie uns an!



Info-Adressen der LINKEN Ratsfraktion

Mail: pg-stadtteile@die-linke-koeln.de
Internet: www.die-linke-koeln.de/benachteiligte-stadtteile/
Jörg Detjen: joerg.detjen@koeln.de
Bezirksvertretung Ehrenfeld:
Albert Töws: albert.toews@stadt-koeln.de
Ulrike Detjen: ulrike.detjen@stadt-koeln.de

**Benachteiligte
Stadtteile stärken!**

DIE LINKE. hilft

Informieren Sie sich

Wohngeldrechner:
Nur mit fünf Daten Ihren Anspruch prüfen:
<https://bit.ly/3Shd0B1>

Bürgerzentrale:
Nützliche Broschüren zum Thema Energie- und Preissteigerung und Webadressen im Internet oder:
Bürgerzentrale Köln,
Rheinwerft 35, Eingang über
Luthgasse, 50667 Köln

**Energie-Check Köln
im Caritasverband:**
Lassen Sie einen kostenlosen Energie-Check bei Ihnen Hause.
0221-708 85 35 oder
energie-check-koeln@caritas-cologne.de

Härtefallfonds RheinEnergie:
Für Kunden der RheinEnergie ist es ein Härtefallfonds. Menschen mit geringem Einkommen können bis zu 500 Euro Stromschulden erlassen werden.
<https://bit.ly/3Klt0hW>
0221-34645 300

Lassen Sie sich beraten
Cafe Bickolo e.V.
www.bickolo.de
Beratung: Tel: 0221-595 26 25

Aktion Nachbarschaft e.V.
www.aktion-nachbarschaft.de
Montags 15 bis 16.30 Uhr
0221-168 591 28

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Rechner

Nähere Informationen zu den in den folgenden Eingabefeldern verwendeten Begriffen finden Sie in der Broschüre „Wohngeld 2020“. Auch wenn diese Broschüre den Titel „Wohngeld 2020“ trägt, gelten die begrifflichen Erläuterungen zum Wohngeld im Wesentlichen auch für den Rechtsstand ab 1.1.2023.

ANZAHL DER ZU BERÜCKSICHTIGENDEN HAUSHALTSMITGLIEDER:

MONATLICHES GESAMTEINKOMMEN DER ZU BERÜCKSICHTIGENDEN HAUSHALTSMITGLIEDER IN EURO:

MONATLICHE (BRUTTOKALT-) MIETE / BELASTUNG IN EURO:

PLZ

MIETENSTUFE:

Nähere Informationen zu den Mietstufen finden Sie hier

BERECHNEN

IHR VORAUSSICHTLICHES WOHNELD IN EURO:

www.bmwsb.bund.de/SiteGlobals/Forms/wohngeldrechner/wohngeldrechner-2023-formular.html



Werden Sie aktiv

Wenn der Wohngeldrechner Ihnen sagt, Sie können finanzielle Mittel erhalten, können Sie schon mal einen Antrag stellen und dann innerhalb von vier Wochen die Unterlagen nachreichen. Den Antrag bekommen Sie an unserem Infostand oder über:

<http://bit.ly/3k9bB2Z>

Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Halbzeitbilanz des Mehrheitsbündnisses im Kölner Rat ist mager

Das Mehrheitsbündnis aus Grünen, CDU und volt versagt in allen wichtigen Zukunftsfragen der städtischen Daseinsvorsorge: In der Klimaneutralität, im Verkehr, im Wohnungs- und Schulbau sowie in der Gesundheitsvorsorge hat es das Bündnis nicht geschafft, eine Trendwende hin zur Zukunftsfähigkeit der Strukturen einzuläuten. In der Gesundheitspolitik droht vielmehr eine Standardabsenkung durch Bettenabbau und Standortschließungen in den Städtischen Kliniken.

(Siehe dazu den Artikel auf Seite 1)

Klimaneutrales Köln

Das von der Klimawende Köln im September 2020 gestartete Bürgerbegehren hatte zum Ziel, dass die RheinEnergie die Stromversorgung bis 2030 zu 100 % auf Ökostrom umstellt. Dieses Ziel hat DIE LINKE von Anfang an unterstützt und wie viele andere auch dazu beigetragen, dass weit mehr als die 30.000 benötigten Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt wurden.

Es folgte ein Mediationsprozess, an dem Vertreter*innen von Klimawende Köln, Stadtverwaltung Köln und RheinEnergie beteiligt waren. Sein Ergebnis: ein Eckpunktepapier, in dem die ursprüngliche Forderung des Bürgerbegehrens nicht mehr drinsteht und die Klimawende auf das Jahr 2035 verschoben wird.

Ein Antrag der Linksfraktion im Kölner Rat, der die Forderung des Bürgerbegehrens bekräftigte, wurde vom Mehrheitsbündnis abgelehnt.

Mit dem inzwischen verabschiedeten Maßnahmenpaket „Köln Klimaneutral 2035“ werden zwar viele richtige Ziele benannt, es fehlt dem Mehrheitsbündnis aber der Wille, die geeigneten Maßnahmen einzufordern.

Busse und Bahnen ausbauen

Der Verkehrsbereich ist der neuralgische Punkt, der für das Mehrheitsbündnis die Zerreißprobe darstellt. Die CDU setzt auf Populismus – und auf das Auto. Die Grünen haben dem wenig entgegenzusetzen und knicken regelmäßig ein.

Das Rückgrat einer tatsächlichen Verkehrs- und Klimawende in Köln ist der Ausbau von Bussen und Bahnen. Aktuell spricht nichts dafür, dass hier das Notwendige geschieht:

Busse und Bahnen fahren unzuverlässig und sind oft überfüllt. Der Fahrplan musste ausgedünnt werden. Vielerorts sind Rolltreppen und Aufzüge kaputt.

Seit Jahren wird die Entscheidung über die Ost-West-Achse hinausgeschoben. Dabei wäre nun ein klares Bekenntnis für einen oberirdischen Ausbau und gegen den U-Bahn-Tunnel erforderlich. So würden große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen eingespart werden, und es würde deutlich weniger Personal und Geld gebunden. Kapazitäten, die für den Ausbau des Streckennetzes in der Fläche dringend benötigt werden.

Damit die Klimawende vorangeht, muss der gesamte Umweltverbund gestärkt werden. Trotzdem werden Verkehrsversuche schlecht vermittelt oder gleich ganz unterbunden. Fußgänger*innen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Köln braucht kommunalen Wohnungsbau

Das Mehrheitsbündnis versagt in Sachen Wohnungspolitik total. Das von Frau Reker initiierte „Bündnis für den Wohnungsbau“ hat keinerlei Wirkung gezeigt. Immer mehr junge Familien verlassen Köln, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen finden.

Im letzten Jahr wurden weniger als 500 Sozialwohnungen neu gebaut, und diese überwiegend von der GAG. Das reicht bei weitem nicht aus, um dem Sinkflug der Quote an Sozialwohnungen entgegenzuwirken. Aktuell sind nur noch etwa 6 % der Wohnungen Sozialwohnungen, wobei 50 % der Kölner*innen einen Anspruch auf eine solche hätten.

Statt die GAG zu unterstützen, wird sie vom Mehrheitsbündnis bedrängt, Gewinne zu erwirtschaften und den städtischen Haushalt zu finanzieren. Die Linksfraktion fordert hingegen, dass die GAG in die Lage

versetzt werden muss, mehr preiswerten Wohnraum zu bauen. Dazu muss sie von der Stadt günstiges Bauland erhalten.

Ausbauprogramm für Gesamtschulen und Kitas

Das Mehrheitsbündnis bekennt sich zwar gerne zum zügigen Ausbau der Gesamtschulen. Dass dies ein bloßes Lippenbekenntnis ist, erkennt man schnell: Gelegenheiten, neue Gesamtschulen zu errichten, blieben immer wieder ungenutzt.

2021 wurde im Neubaugebiet Rondorf vom Mehrheitsbündnis an Stelle einer Gesamtschule ein neues Gymnasium durchgesetzt.

Ein Jahr später hat das Mehrheitsbündnis den Vorschlag der Verwaltung abgelehnt, eine Hauptschule in Neubrück in eine Gesamtschule umzuwandeln.

Bei den dringend benötigten Kita-plätzen rühmt sich das Mehrheitsbündnis für jeden neugeschaffenen Platz. Doch es könnten viel mehr sein, wenn die Stadt nicht in den letzten Jahren viele Grundstücke verkauft hätte. Nun muss sie Investoren hoffieren, die Grundstücke mitbringen und die Kitas bauen sollen. Das wird teuer und ist nicht immer bedarfsgerecht. Gerade in benachteiligten Stadtbezirken wie Chorweiler gibt es eine riesige Deckungslücke.

Güldane Tokyürek,
Heiner Kockerbeck

Spendenaufruf für Erdbebenopfer
Türkei & Syrien

Gemeinsam Nothilfe leisten!

Ihre Spende kann Überleben im Erdbebengebiet sichern. Wir, die Initiative Kölner-Helfen, leisten mit Geldspenden an unsere Partner in der Türkei und Syrien direkte Hilfe.

Kinderhilfe, Nothilfe
Initiative Köln, Rhein-EGG
BANK: DE11380501806402491025
BIC: GENODE33HAN
Kontofür: Erdbebenhilfe

Aus den Bezirken



Nippes

Linker Bürgermeister!

Unser Bezirksvertreter Markus Frank wurde am 29. März mit großer Mehrheit zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister von Nippes gewählt. Er ist Teil des konstruktiven Fünfer-Bündnisses, das nach der letzten Kommunalwahl von Bürgermeisterin Dr. Diana Siebert geschmiedet wurde. Der Platzjabbeck gratuliert herzlich!

Ehrenfeld

Leerstand treibt die Miete

Während die Bevölkerung im Stadtbezirk Ehrenfeld seit 2019 leicht rückläufig ist, befinden sich Wohnungsmieten und Nebenkosten in einem dramatischen Aufwärtstrend. Immer mehr Menschen können sich höhere Kosten für Wohnen nicht mehr leisten. Insbesondere Familien verlassen Köln und ziehen fort, meist ins Umland. Eine Zunahme der Pendelbewegungen, oft mit dem Auto, ist die Folge.

Das alles spielt sich vor dem Hintergrund einer künstlichen Wohnungsverknappung durch Leerstände und gewerbliche Zweckentfremdungen ab. Steigende Mieten wegen künstlicher Verknappung enteignen alle Mietenden um einen Teil ihres Einkommens.

Ein drastisches Beispiel ist der Leerstand in der Glasstraße 6, der in Kürze in sein drittes Jahrzehnt geht. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hatte 2018 beschlossen, den Leerstand zu enteignen. Passiert ist nichts. Aktivist*innen der Initiative „Recht auf Stadt“ riefen am 25.2.2023 den Missstand wieder in Erinnerung.

In diesem Zusammenhang hat die Fraktion DIE LINKE./Die PARTEI BV Ehrenfeld eine Anfrage gestellt, wann die seit langem leerstehenden Häuser in der Glasstraße, der Hansemannstraße und der Senefelderstraße wieder Wohnzwecken zugeführt werden.

Ulrike Detjen

Innenstadt

Desaster am Venloer Wall

Ungeachtet aller Mahnungen hat die Stadt Köln Dutzende Bäume am Inneren Grüngürtel gefällt. Die Rodungen bereiten die Errichtung eines temporären Schulbaus vor, der am Inneren Grüngürtel für die nächsten zehn Jahre aufgestellt wird. Damit hat sich die Stadtverwaltung über die berechtigten Einwände von Anwohnerschaft, Elternbeirat, Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Naturschutzverband und Bezirksvertretung Innenstadt hinweg gesetzt, die dieses ökologische Desaster verhindern wollten (siehe auch Platzjabbeck 4/2022). Grundlage ist ein Beschluss aus der turbulenten Sitzung des Schulausschusses vom 16.5.2022. Nicht einmal 24 Stunden nach der Landtagswahl haben die Grünen sich ehrlich gemacht und mit einem fraktionsübergreifenden Dringlichkeitsantrag die Fällungen beschlossen. Lediglich DIE LINKE, KlimaFreunde, GUT und die FRAKTION blieben bei ihrer berechtigten Kritik und ablehnenden Haltung.

In einem früheren Essay hat der überaus umtriebige Sozialpsychologe Harald Welzer die Historiker mal zu Hellsehern der Retrospektive verklärt. Nun muss man kein gelernter Geschichtswissenschaftler sein, um daran zu erinnern, dass die Grünen seit 1999 in Köln quasi ununterbrochen (mit)regieren. Für NRW lässt sich das bekanntlich sogar auf 1995 rückda-

tieren, während das rotgrüne Intermezzo, das ab 1998 im Bund die neoliberale Wende vollzog, bislang beispiellos blieb. Wer nun lautstark über Lützerath lamentiert, hätte auch schon früher aufwachen können.

So wird einmal mehr die Ankündigung des Umweltdezernenten, einen Masterplan Grün als „wichtiges Instrument zur Sicherung der grünen Infrastruktur Kölns“ zu erstellen, ad absurdum geführt. Nachdem der Stadtrat vor drei Jahren den Klimanotstand festgestellt hat, ist der Anteil an städtischen Grünflächen bereits weiter erheblich reduziert worden. Ein Umdenken innerhalb der Stadtverwaltung hat offensichtlich nicht stattgefunden; es wird nicht besser. Auch deshalb hat DIE LINKE in der BV Innenstadt eine Anfrage eingebracht, in welcher nach Umfang und Verhältnismäßigkeit der Rodungen gefragt wird. Warum werden Anwohner*innen nicht informiert, wie ist der Kostenrahmen, wie steht es um Neupflanzungen, Ausgleichszahlungen und die zahlreichen Eingaben gegen eine der unsinnigsten Baumaßnahmen der vergangenen Jahre?

Derzeit wird in den politischen Gremien die längst überfällige Novelle der Kölner Baumschutzsatzung beraten. Diese wird nach zwölf Jahren zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes neu gefasst und in wesentlichen Punkten verschärft. Der Satzungszweck betont ausdrücklich die Eigenart und Schönheit der Bäume, die Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt sowie die Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas. Die Baumaßnahme am Venloer Wall steht dazu in eklatantem Widerspruch.

Michael Scheffer



Aus den Ausschüssen

Soziales

Strukturhilfen gegen Energiearmut auf Landesebene nutzen

Neben den bekannten Hilfen gegen Energiepreiserhöhungen auf Bundesebene gibt es inzwischen auch Strukturhilfen auf Landesebene.

Der „NRW-Stärkungspakt – gemeinsam gegen Armut“ hat ein Volumen von 150 Mio. Euro für alle Menschen im Land. Als Verteilmaßstab dient die Zahl der Menschen, die Mindestsicherungsleistungen erhalten. Hierzu gehören SGB-II-Leistungen, Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. So erhält Köln 11,5 Mio. Euro.

Mit diesem Geldbetrag kann man schon etwas anfangen. Auch wenn die Verfahren sehr unbürokratisch sein sollen, sollen Doppelförderungen gegen Energiearmut nicht möglich sein.

Deshalb habe ich als Mitglied des Sozialausschusses vorgeschlagen, allen Köln-Pass-Besitzern pauschal einen Geldbetrag zu überweisen. Die Voraussetzungen des Köln-Pass sind ähnlich wie die Vergabekriterien des Landes. Ihn erhalten alle Personen bis 30 % über den Regelsatz Hartz IV, bzw. jetzt dem Bürgergeld (Alleinstehende Person 502 plus 30 % = 652,60 Euro, bei zwei Partnern und zwei Kindern sind das 2.265 Euro). 154.000 Menschen haben einen Köln-Pass. Die Kölner Stadtverwaltung hat die Anschriften all dieser Personen gespeichert. Ein Anschreiben dieser Menschen wäre also einfach zu machen. Es wäre sogar möglich, die Auszahlung mit einer Werbekampagne für das örtliche Sozialticket zu verbinden, auch das wäre mit einfachen Mitteln von der Verwaltung zu gewährleisten. Wir werden weiter berichten.

Jörg Detjen

Bauen

Ausschuss-Posse um „Sanierung vor Abriss“

Der CO₂-Ausstoß und der Ressourcenverbrauch durch Neubauprojekte sind enorm. Deshalb fordern Fach-

verbände wie der Bund Deutscher Architekten ein Abrissmoratorium. Gemeint ist: Mehr Bauen im Bestand, nach kritischer Einzelfallprüfung; Abrisse sind weiterhin möglich.

Linksfraktion und KLIMA FREUNDE brachten einen Ratsantrag ein: Die Stadt soll das „Abrissmoratorium“ unterstützen.

Im November verwies der Rat unseren Antrag in den Bauausschuss. Dort wären am 28.11. Grüne, SPD und Volt bereit gewesen, ihm zuzustimmen. Die CDU bat aber um Aufschub, sie sei auf ein „Nein“ festgelegt, wolle ihre Haltung aber aufgrund der interessanten Diskussion noch einmal überdenken.

Am 30. Januar stand das verseuchte alte Schulgebäude von 1864 in Roggendorf im Vordergrund, wo eine dringend benötigte Kita entstehen sollte. Die Entscheidung zum Abriss wurde ohne Votum des Ausschusses in den Rat geschoben. Noch viele Fragen waren offen. Danach erklärten SPD und CDU jedoch erst einmal, unserem Antrag nicht zustimmen zu können. (Der Rat beschloss den Abriss dann kurzerhand einstimmig.)

Am 13.3. befürwortete schließlich das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt geschlossen den Antrag und stellte noch einen kleinen Änderungsantrag, den wir und die KLIMA FREUNDE positiv sahen. Jedoch: Diesmal beantragte die SPD Beratungsbedarf. Auch die FDP, die bisher sowieso nie hatte zustimmen wollen, wollte über den Änderungsantrag noch beraten.

Am 8. Mai, beim nächsten Bauausschuss, steht unser Antrag ein halbes Jahr im Ratssystem. Wir sehen der Sitzung mit unerschütterlichem Optimismus entgegen.

Heiner Kockerbeck

Verkehr

Urteil zu zugeparkten Gehwegen

Das Oberverwaltungsgericht Bremen hat ein wichtiges Urteil zum Gehwegparken gefällt. Das Land Bremen war durch Anwohner*innen verklagt worden, in deren Straßen Gehwege regelmäßig von Autos zugeparkt wurden. Zuständige Ordnungsbehörden gingen nicht dagegen vor.

Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Zuparken von Gehwegen durch Autos rechtswidrig ist. Es besteht eine Verpflichtung, Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Ein solches Urteil wäre auch für NRW sehr zu begrüßen. Denn in Köln ist die Situation hinsichtlich zugeparkter Gehwege desolat. Das sieht jede*r, der*die in Köln unterwegs ist. Oftmals verbleibt nur ein schmaler Engpass für Fußgänger*innen, um an parkenden Autos vorbeizukommen. Noch gravierender ist das Problem für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Das Urteil stellt fest: Die Funktion eines Gehwegs ist nicht erst dann beeinträchtigt, wenn Fußgänger*innen nicht mehr oder nur mit Mühe an parkenden Fahrzeugen vorbeikommen. Sollte es zu einem ähnlichen Urteil in NRW kommen, würde dies auch den Kölner „Masterplan Parken“ in Frage stellen. Gehwegbreiten müssten dann neu berechnet werden.

DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für eine Aufwertung des Fußverkehrs ein. Dazu ist wichtig, dass Gehwege ausreichend breit sind, und dass parkende Autos keine Gefährdungen bzw. Barrieren darstellen.

In einer Anfrage soll erfragt werden, wie die Verwaltung die geringen Mindestbreiten begründet und wie die interne Praxis hinsichtlich angeordneten Parkens aussieht.

Güldane Tokyürek,
Michael Weisenstein





Jugendhilfe

49-Euro-Ticket: Die Missachteten

Anhand des Nachfolgers des 9-Euro-Ticket kann sehr gut sehen, wie in Deutschland Politik gemacht wird. Monatelang suchte man einen Preis für einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket. Nachdem die ursprünglich anvisierten 69 Euro als zu hoch kritisiert wurden, einigten sich die Verkehrsminister auf 49 Euro.

Inhaber eines Jobtickets sollen das Ticket noch billiger bekommen. Wenn der Betrieb etwas dazu gibt, ist der Staat generös und gibt noch etwas oben drauf. So kann das ermäßigte Ticket dann 34,30 Euro kosten. Wer aber wirklich eine Ermäßigung braucht, wie sozial Benachteiligte, Schüler*innen und Azubis wird bewusst außen vor gelassen.

Dabei handelt es aus der Sicht der LINKEN um ein Versagen in den Bereichen Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Denn nicht nur erhalten Schüler*innen zum Start am 1. Mai kein ermäßigtes Ticket. Auch alle Mitnahmeregelungen für Kinder entfallen beim 49-Euro-Ticket komplett.

Das 9-Euro-Ticket dagegen bot eine bundesweite günstige Mobilität für Schüler*innen z. B. auch am Wochenende und im Urlaub. Im Sommer werden Eltern, die jeweils ein Deutschlandticket haben, wieder für ihre Kinder am Fahrscheinautomaten stehen müssen. Nur Hunde haben Glück: Die Mitnahme von Hunden ist NRW-weit gewährleistet.

Dieser Politik stellt DIE LINKE eine Politik für ALLE entgegen! Daher haben wir im Jugendhilfeausschuss gefragt, was hat die „kinderfreundliche Kommune“ Köln unternommen, um dies zu verhindern? Gab es Interventionen bei den Minister*innen Paus, Paul, Wissing und Krischer seitens der Stadt? Wir sind auf die Antworten gespannt.

Attila Gümüs

Stadtentwicklung

Schlechte Zahlen im Sozialwohnungsbau verschleiert

Oberbürgermeisterin Reker hat vor einiger Zeit das Ziel ausgerufen, mindestens 1.000 neue Sozialwohnungen jährlich zu schaffen. Nun brüstet sich die Stadtspitze in einer Mitteilung für den Stadtentwicklungsausschuss mit über 1.327 bewilligten Sozialwohnungen für das Jahr 2022. Tatsächlich wurden nur 334 Förderbescheide für neue Wohnungen erteilt. Bei den anderen 993 Förderbescheiden handelt es sich um Modernisierungen bereits bestehender Wohnungen.

Obwohl sie ihr eigenes Wohnungsbauziel wieder weit verfehlt, lässt die OB verlautbaren, die Wohnungsbauziele seien übertroffen worden. Ein starkes Stück! Der Anteil von preiswerten Sozialwohnungen am Kölner Wohnungsmarkt beträgt weniger als sieben Prozent. Fast die Hälfte aller Kölner*innen haben Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Selbst um diese ungenügende Quote an geförderten Wohnungen zu halten, müssten jährlich mindestens 2.000 neue Sozialwohnungen entstehen. Doch nichts deutet auf eine echte Initiative von Oberbürgermeisterin Reker und dem Mehrheitsbündnis aus Grünen, CDU und Volt hin. Sie scheinen kapituliert zu haben.

Dabei ist klar, was zu tun ist: Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GAG und WSK sowie die Wohnungsbaugenossenschaften leiden an steigenden Zinsen und Baukosten. Bauland ist so teuer wie nie zuvor. Deswegen müssen die Stadtspitze und das Mehrheitsbündnis im Rat Kommunalkredite und günstiges Bauland für diejenigen bereitstellen, die ein Interesse an der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum haben. Die kommunalen Bestandhalter und die Wohnungsbaugenossenschaften müssen jetzt unterstützt werden!

Michael Weisenstein

Schule muss anders

Die Schülerinnen und Schüler brauchen nicht nur dringend mehr Plätze, also Schulgebäude, mindestens ebenso gravierend ist der Mangel an Personal, also an Lehrerinnen und Lehrern. Für die Lehrkräfte ist zwar das Land zuständig, aber das städtische Schulamt teilt die Lehrstellen für die Grundschulen zu. Im Regierungsbezirk Köln fehlen an den Grundschulen über 420 Lehrkräfte.

In manchen Stadtbezirken haben besonders viele Kinder Nachholbedarf beim Erlernen der deutschen Sprache. Dort haben sie mehr unter den Corona-Lockdowns gelitten. Diese Schulen müssen bei der Versorgung mit Lehrkräften bevorzugt werden.

Die Personallücken müssen schnell geschlossen werden. Doch leider haben immer weniger junge Leute Lust, „auf Lehramt“ zu studieren. Der Krankenstand unter Lehrkräften ist hoch, und viele arbeiten nur in Teilzeit. Das lässt sich ändern, wenn die Arbeitsbedingungen besser werden.

Sie brauchen mehr Eigenverantwortung und Vertrauen: Nach den PISA-Studien hat es Unmengen von Leistungsmessungen und neuen Lehrplänen gegeben. Die Schulleistungen haben sich dadurch nicht verbessert. Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in die Kompetenz der Lehrkräfte: dann hätten sie mehr Zeit, sich um Kinder und Unterricht zu kümmern, und würden sich mehr wertgeschätzt sehen.

Viele Schulen entwickeln gute Ideen, aber der Rahmen für ihre Umsetzung ist oft zu eng gesteckt. Um kreative Lösungen in der derzeitigen Situation zu erproben, bräuchten sie mehr Freiheiten.

Mehr Teamarbeit kann Lehrkräfte langfristig entlasten. All das fordern auch die Schulen, die in den letzten Jahren für ihre besonderen Leistungen mit dem Schulpreis ausgezeichnet wurden. Also: nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern: Schule muss anders, damit sie für alle ein Ort wird, den sie gern aufsuchen.

Karl-Heinz Heinemann

Ja, kölsche Pänz haben's drauf. Schon die Fünfjährigen schaffen es, allein jeden Morgen 8 Kilometer durch die Stadt zu fahren. Mit der KVB. Deren Fahrplan müssen sie ja nicht lesen können. Er wird ohnehin nur annäherungsweise eingehalten.

Lustig finden Eltern und Kinder das nicht, die in diesem Jahr einer Grundschule zugeteilt werden, die acht Kilometer entfernt ist. Das ist ohne Begleitung oder den Fahrdienst der Eltern überhaupt nicht zu schaffen. Hin und zurück können da mehr als zwei Stunden zusätzlich anfallen. Das ist völlig unzumutbar. Aber das ist das Ergebnis dessen, dass es an Grundschulplätzen in erreichbarer Nähe fehlt, zusätzlich zu den fehlenden 700 Gesamtschulplätzen und Engpässen an den Gymnasien.

Wie ist das möglich, in einer Stadt mit einer gut aufgestellten Schulverwaltung, die die Zahl der Geburten kennt, fünf Jahre, bevor

Schulbaunotstand

die Kinder in die Schule kommen?

Darüber diskutierte der Rat in einer aktuellen Stunde am 23. März. Dieses Rätsel ist noch nicht aufgeklärt. Die Mehrheitsfraktionen im Rat geben der Schulverwaltung die Schuld. Die Oberbürgermeisterin Reker schweigt. Sie hat sich auch durch die Demo von hunderten betroffenen Eltern vor dem Rathaus am 20. März nicht zu einer Stellungnahme bewegen lassen.

Der Schulbaunotstand ist ein Versagen der öffentlichen Hand. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Stadt, die schulische Infrastruktur bereitzustellen. Doch anstatt selbst Schulen zu bauen, verkauft die Stadt ihre Grundstücke und lässt Investoren bauen. Das ist teuer und nicht bedarfsgerecht.

Jetzt sind erst einmal schnelle,

kurzfristige Lösungen gefragt: von der Bezirksregierung die nötigen Lehrkräfte anfordern,

provisorische Räume anmieten, notfalls Container aufstellen. Besonders in den Stadtgebieten, in denen viele Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache wohnen, dürfen die Klassen nicht über die Regelgröße von 25 Kindern aufgestockt werden, vor allem, wenn dort Kinder mit besonderem Förderbedarf eingeschult werden.

2008 hat die Landesregierung die bis dahin geltenden Schulbezirke aufgehoben, sodass Eltern ihre Kinder in der Schule ihrer Wahl anmelden können. Die Stadt hat das Recht die Schulbezirke für die Grundschulen wieder einzuführen, so wie das DIE LINKE auch fordert. Dann könnte die Stadtverwaltung die erforderlichen Grundschulplätze besser planen und die Eltern können einen Schulplatz in ihrem Schulbezirk verlangen.

Karl-Heinz Heinemann

„Am Kölnberg“: Ausverkaufter Filmabend in der Reihe Linkes Kino

Die Hochhaussiedlung „Am Kölnberg“ ist eine Welt für sich. Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch und Prostitution gehört zum Alltag. In ihrem Inneren zeigt sich die Siedlung als ein multikulturelles Sammelbecken für Menschen am Rande der Gesellschaft. Der Film „Am Kölnberg“ von Laurentia Genske und Robin Humboldt begleitet vier Menschen – Martha, Nana, Biene und Karl Heinz - über einen Zeitraum von zwei Jahren. Der Film wurde 2015 mit dem Filmkunstpreis ausgezeichnet.

Biene verlässt den Kölnberg fast nie. Sie hat dort alles, was sie braucht. Sie lebt ohne Zeitgefühl und geregelten Tagesablauf, ist drei Tage lang durchgehend wach, geht anschaffen, konsumiert Heroin und Crack. Dann schläft sie zwei Tage lang, denn, wie sie sagt: „Das Aufwachen ist teuer“. In guten Momenten schreibt sie Gedichte und wünscht sich „von dem ganzen Scheiß wegzukommen“.

Martha und Nana, langjährige Freundinnen, freuen sich zu Beginn des Films, dass sie jetzt Nachbarinnen sind. Nana ist mit 75 Jahren aus ihrem Schrebergarten in eine Wohnung in den oberen Etagen des

Kölnbergs gezogen - „Das ist hier wie auf einem anderen Planeten, du siehst nur den Himmel“ sagt sie hoffnungsvoll.

Marthas Rente reicht nicht aus, um für sich und ihre drei Hunde zu sorgen. Mit Lebensmitteln von der Tafel hält sie sich über Wasser. Ihr größter Wunsch ist es, nach Jamaika auszuwandern, dafür versucht sie zu sparen. Karl Heinz ist Ende 40 und seit über 30 Jahren Alkoholiker. Er fühlt sich wohl am Kölnberg, engagiert sich in der Organisation der Tafel, fühlt sich

sicher in seiner Wohnung mit seinen Katzen. Während der Dreharbeiten versucht er von seiner Sucht loszukommen. Als das scheitert, bemüht er sich erfolgreich um einen Wohnplatz in einer betreuten Einrichtung außerhalb des Kölnbergs. Zum Ende des Films hin ist er ausgezogen.

In der anschließenden lebhaften Diskussion konnte uns die Editorin des Films, Carina Mergens, tiefere Einblicke in die Produktionsgeschichte und in ihre Arbeitsweise geben.

Renate Alves



Mitglieder der Fraktion DIE LINKE waren gemeinsam mit der AG Feminismus beim Vermarktungsmarkt zum Frauentag vertreten. Viele wichtige Initiativen und Verbände waren zugegen, und wir konnten einige interessante Gespräche führen.



Alte Feuerwache unterstützen!

Köln, 9. März 2023, 09.37 Uhr: Mehrere Aktivist*innen der „letzten Generation“ versuchen sich Zugang zum Büro der Oberbürgermeisterin zu verschaffen und erklimmen den Rathausbalkon am Alter Markt. Es gibt offenbar Redebedarf. Den haben auch mehrere Dutzend Kinder und Jugendliche, die am selben Nachmittag auf dem Rathausplatz protestieren. Gemeinsam mit Mitarbeitenden und Sympathisant*innen der Alten Feuerwache weisen sie auf die prekäre finanzielle Situation des Bürgerzentrums hin. Auch die anerkannten pädagogischen Betreuungsangebote mit Jugendtreff sind mittelfristig nicht gesichert.

Im Unterschied zu den morgendlichen Eindringlingen wurden die Feuerwachenleute jedoch überaus freundlich in Empfang genommen – die BV Innenstadt hatte dafür eigens einen Tagesordnungspunkt anberaumt. Vorstand und Geschäftsführung nutzten die Gelegenheit, den Bezirksvertreter*innen das strukturelle Defizit zu erläutern, das seit einigen Jahren die Bilanzen belastet. Wächst die Finanzierungslücke weiter, kann der umfangreiche nachbarschaftliche, pädagogische und soziokulturelle Betrieb ab 2024 nicht mehr in der gewohnten Form aufrechterhalten werden. Trotz zahlreicher Eigenbemühungen wie Gebührenanpassungen, Energieeinsparungen oder einer Spendenkampagne, braucht es eine Einmalzahlung von etwa 150.000 Euro, um planungssi-

cher weiterarbeiten zu können.

Zuletzt sind die Betriebskostenzuschüsse der Stadt Köln im Rahmen des Doppelhaushalts 23/24 um 10 Prozent angehoben worden. Damit sind die meisten der Kölner Bürgerhäuser und -zentren in der Lage, ihre Ziel- und Leistungsvereinbarungen weitgehend zu erfüllen. Die Forderung nach zusätzlichen Mitteln von einmalig 700.000 für alle 14 Häuser zur Stärkung der Rücklagen wurde jedoch von den haushaltstragenden Fraktionen abgelehnt. Das rächt sich jetzt.

Vor diesem Hintergrund machte die BV Innenstadt gestern ad hoc von ihrem Anregungsrecht Gebrauch und fasste einen einstimmigen Dringlichkeitsbeschluss: Die Oberbürgermeisterin wird demnach gebeten, die auskömmliche Finanzierung sowie die Stärkung der Rücklagen sicher zu stellen. Die Unterdeckung der Personalkosten soll aufgefangen, die anderen Bürgerhäuser und -zentren analog berücksichtigt werden. Ob die entscheidenden Gremien wie Sozial- und Finanzausschuss unserem Impuls-Appell allerdings folgen werden, ist fraglich. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Teile von Politik und Verwaltung die Bürgerhäuser für ausreichend und üppig alimentiert halten. Folgerichtig sollten markt- und betriebswirtschaftliche Kriterien konsequent zur Anwendung gebracht werden. Aber die institutionelle Förderung ist eben nicht alles...

Michael Scheffer

Protest gegen den antisemitischen Hetzer Roger Waters

Am 9. Mai wird Roger Waters in Köln in der Lanxess-Arena auftreten. Die Kölner Synagogengemeinde und viele gesellschaftliche Kräfte, darunter die Ratsfraktion und der Kreisverband der LINKEN, protestieren dagegen. Denn auf seinen Konzerten betreibt er regelmäßig antisemitische Hetze.

Die Konzerte zu verhindern ist sehr schwierig. Roger Waters geht zusammen mit seiner Konzertagentur intensiv rechtlich gegen Absagen seiner Konzerte vor. Die Stadt München hat mangels „rechtlicher Möglichkeiten“ die Pläne aufgegeben, das Konzert in der städtischen Olympia-Halle zu verhindern. Die Stadt Frankfurt hat das Konzert in der städtischen Messehalle gekündigt. Der Geschäftsführer von Waters Agentur CTS-Eventim Klaus-Peter Schulenberg kündigte dagegen rechtliche Schritte an. Im Raum steht ein Schadensersatzanspruch im siebenstelligen Bereich. In Köln ist die Lage anders, weil die Lanxess-Arena nicht der Stadt Köln gehört.

Roger Waters und seine Konzertagentur werden von der Kölner Rechtsanwaltskanzlei Höcker vertreten. Sie erklärt auf ihrer Internetseite: „Als Ergebnis dieser einseitigen, politisch motivierten Aktion hat Herr Waters seine Anwälte angewiesen, sofort alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um diese ungerechtfertigte Entscheidung aufzuheben und sicherzustellen, dass sein grundlegendes Menschenrecht auf Meinungsfreiheit geschützt wird und dass alle, die ihn sehen wollen, dies in Frankfurt, München und in jeder anderen Stadt in jedem anderen Land tun können. Herr Waters ist der Ansicht, dass dieser eklatante Versuch, ihn zum Schweigen zu bringen, ernsthafte und weitreichende Folgen für Künstler und Aktivist*innen in der ganzen Welt haben könnte, wenn er nicht angefochten wird.“

Roger Waters versucht sich als Opfer darzustellen. Es ist aber der Täter von vielen antisemitischen Attacken gegen Andersdenkende und jüdische Menschen. Diese Kampagne organisiert die Kölner Anwaltskanzlei Höcker Rechtsanwälte PartGmbH, die seit vielen Jahren hartnäckig die Interessen von AfD-Klienten vertritt. Das spricht für sich! So schließt sich der Kreis von Roger Waters zu rechten und antisemitischen Hetzern.

Jörg Detjen

Buntes Schulfest statt brauner Parteitag

Die Gesamtschule in Lindenthal wehrte sich erfolgreich gegen einen AfD-Parteitag in ihren Räumen. Als bekannt wurde, dass die AfD am 26. Februar ihren Kreisparteitag in der Gesamtschule abhalten wollte, ging ein Aufschrei durch die Schulgemeinschaft. Die Eltern starteten eine Petition, in der die Stadt aufgefordert wurde, die Vermietung zurückzunehmen.

„Wir sind eine Schule der Vielfalt und positionieren uns ganz ausdrücklich gegen Rassismus. Unsere Kinder leben in ihrem Schulalltag Gemeinschaft, Offenheit und Toleranz. Wir akzeptieren nicht, dass die Räume der Schule für rechtsgerichtete Parteien genutzt werden dürfen. Unabhängig von der Legalität dieser Maßnahme“, begründete die Schulpflegschaft diesen Schritt.

Als dann auch noch zu dem Termin flugs ein buntes Schulfest organisiert wurde, sagte die AfD von sich aus ab. Das Fest fand trotzdem statt. Bei schönstem Wetter feierten viele hundert Menschen ausgelassen Vielfalt und Toleranz und lauschten dabei unter anderem der Kölner Band Planschmalöör und Stephan Brings, der ein tolles Kinderprogramm auf die Beine stellte.

Die Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind angemessen!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ob bei der Müllabfuhr, der KVB, der Krankenpflege oder den Kitas leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Allgemeinheit. Dafür haben sie nicht nur unser aller Dank verdient, sondern auch die Unterstützung bei den aktuellen Tarifverhandlungen. Sie streiten aktuell um eine bessere Bezahlung und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

Es ist doch schon jetzt unübersehbar, dass der Personalmangel in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes drastische Konsequenzen hat: lange Wartezeiten bei den Bürgerämtern, Kitaschließungen wegen Personalmangel oder Überlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern. Und es wird noch schlimmer kommen: Bis zum Jahr 2030 wird allein beim Bund jede*r dritte Beschäftigte in Rente gehen.

Steigende Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise sind insbesondere für die unteren Entgeltgruppen kaum noch zu bewältigen. Doch die öffentlichen Arbeitgeber scheinen die Sorgen der Beschäftigten nicht wirklich ernst zu nehmen. Statt der geforderten 10,5 wollen die Arbeitgeber mickrige 5 Prozent in zwei Schritten zahlen und das auf 27 Monate strecken. Ein Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Einkommensgruppen ist nicht vorgesehen.

Außerdem sollen über einen Zusatztarifvertrag Gehaltsabsenkungen in den Krankenhäusern ermöglicht werden. Kaum zu glauben!

Und schließlich wollen die Kommunen die Jahressonderzahlung so

erhöhen, dass davon in erster Linie Amtsleiter und weitere Führungskräfte profitieren, Beschäftigte in niedrigen Einkommensgruppen hingegen fast nicht.

Da helfen auch keine Einmalzahlungen, denn man kann sie nur einmal ausgeben. Die Preise aber werden dauerhaft hoch bleiben.

Wichtig ist es, die unteren Lohngruppen, die das bitter nötig hätten, besonders zu entlasten. Die oberen Entgeltgruppen überproportional bei der anstehenden Lohnerhöhung versorgen zu wollen ist der falsche Weg. Dass die Streikbereitschaft so hoch ist, hat genau mit solchen Angeboten zu tun.

Wir laufen Gefahr, für die wichtigen Aufgaben mittelfristig kein Personal mehr zu finden und zentrale Leistungen nicht mehr erbringen zu können. Als Fraktion DIE LINKE unterstützen wir daher die Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nach einem Lohnplus. Mindestens 500 Euro, 10,5 Prozent mehr, das ist die Forderung.

Wir halten das für absolut ge-



rechtfertigt und angemessen. Deshalb hatten wir als LINKE zusammen mit SPD, KLIMA FREUNDEN und GUT einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht. Doch das Mehrheitsbündnis aus Grünen, CDU und volt sowie der FDP wollte keine Solidarität mit den Streikenden üben und lehnte den Antrag ab.

Dabei ist eines klar: Ein attraktiver und verlässlicher öffentlicher Dienst ist besser für alle.

Güldane Tokyürek

TERMINE

Aktionswoche „verbrannt & verbannt - Bücher und ihre Autor*innen“ vom 10. - 17. Mai 2023 in Köln

Aus der Idee, dass wir, der Verein EL-DE-Haus, Förderverein des NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, „etwas zum 90. Jahrestag der Bücherverbrennung machen“ wollten, ist ein großes Projekt geworden.

Mit unserem Anliegen überall in Köln sowohl der Schriftsteller*innen zu gedenken, deren Werke vor 90 Jahren verbrannt wurden und die aus Nazi-Deutschland fliehen mussten, und darüber hinaus auch das Augenmerk zu richten auf die heutige Verfolgung von Autor*innen, die in ihren Heimatländern nicht publizieren dürfen und denen Gefängnis droht, haben wir viele offene Türen vorgefunden. Fast 100 Kooperationspartner*innen unterschiedlichster Art beteiligen sich: Institute der Kölner Universität, Buchhandlungen, Vereine, das Literaturhaus, die Synagogengemeinde, Schulen, Geschichtswerkstätten u.v.m. Angeboten werden Aktionen unterschiedlichster Art: Lesungen, Diskussionen, Filme.

Weitere Informationen und fortlaufend ergänzte Veranstaltungshinweise finden sich hier:

www.verbranntundverbannt.info/



Claudia Wörmann-Adam
Co-Vorsitzende Verein EL-DE-Haus

Sa., 8. April

Auftaktveranstaltung des Ostermarsches Rhein-Ruhr 2023 in Köln, 11 Uhr, Heumarkt, Rednerinnen und Redner:

Gerold König, Bundesvorsitzender von Pax Christi
Klaus Jünschke, Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung
Mit Musik von Shelly!
anschl. Demo zum Hbf und gemeinsame Bahnfahrt zum Ostermarsch Rhein/Ruhr nach Düsseldorf

Sa., 15. April

#IchBinArmutsbetroffen, regelmäßige Kundgebung, VA: ichbinarmutsbetroffen.start.page, Treffpunkt: 14 Uhr, Kardinal-Höffner-Platz, Kreuzblume am Dom

Di., 18. April

Artbay-Diskussion: Klima, Kunst & Protest
Podiumsdiskussion mit Irma Trommer (Letzte Generation), Dr. Ann-Katrin Günzel (Kunstforum International), Dr. Miriam Szwest (Museum Ludwig) u. Dr. Simon Teune (FU Berlin), VA: Artbay u. Universitäts- und Stadtbibliothek Köln.
18 Uhr, WDR Funkhaus Wallrafplatz

StadtGRÜN Köln, Gespräch mit Dr. Joachim Bauer

(stellv. Leiter des Grünflächenamts), Mod.: Thomas Engel (hdak), Eine Stunde Baukultur.

Die Stadt Köln ist Mitglied des Bündnisses »Kommunen für biologische Vielfalt« und führt seit 2018 das Label »StadtGrün naturnah«. Aber was hat die Stadt bislang getan, um Grünflächen naturnah zu gestalten, und damit nicht nur die Biodiversität zu unterstützen, sondern auch Maßnahmen zum Klimaschutz zu leisten? 19 Uhr, Haus der Architektur, Josef-

Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror

Gespräch und Buchvorstellung mit Autorin Grit Lemke und Katharina Warda, Ak 4,50. 19 Uhr, NS-Dok. im El-De-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Mi., 19. April

108 Jahre türkische Leugnung des Völkermords an den Armeniern. Vortrag: Burak Copur (Politikwissenschaftler). 19 Uhr, Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln

Di., 25. April

Verdrängt aus Amt und Würden, Vortrag u. Diskussion mit Hans Ernst Böttcher (Präsident des Landgerichts Lübeck i.R.), Irene Franken (Kölner Frauengeschichtsverein), Birte Klarzyk (NS-DOK) und Dr. Witich Rossmann (DGB). 19 Uhr, NS-Dok. im El-De-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Mi., 26. April

Verkehrswende? Geschlechtergerecht!

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Köln

18 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41

TERMINE DER FRAKTION

Mo, 17. April, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Mo, 17. April, 20.00 Uhr
Sport AK

Mo, 18. April, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Mo, 18. April, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien

Mi, 19. April, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Do, 20. April, 19.00 Uhr
AK AVR / Digitales

Do, 20. April, 19.30 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 24. April, 17.00 Uhr
AK Gesundheit + Inklusion

Mo, 24. April, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien

Do, 27. April, 18.00 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Di, 2. Mai, 18.00 Uhr
AK Frauen

Di, 2. Mai, 19.00 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales

Mo, 8. Mai, 18.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion – Vorbereitung StadtAG Behindertenpolitik

Do, 11. Mai, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Do, 11. Mai 19.00 Uhr
AK AVR / Digitales

Do, 11. Mai, 19.30 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 15. Mai, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Di, 16. Mai, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur, Medien

Anmeldung unter:
dielinke@stadt-koeln.de

1. Mai in Köln

12 Uhr Demo zum Heumarkt
ab DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz

13 Uhr Kundgebung auf dem Heumarkt
mit **Yasmin Fahimi** Vorsitzende des DGB
Witich Roßmann Vorsitzender DGB Köln

14 Uhr Musik
BRINGS Bunter Herz **Sarah Lesch**
MÄTROPOLIS **Culcha Candela**
Jeannine Michaelsen (Moderation)

Eintritt frei!
Livestream der Veranstaltung ab 13 Uhr mit Foto- & Filmaufnahmen auf dem Heumarkt.
Weitere Informationen und Programmablauf: www.koeln-benn.dgb.de

EVG DGB DGB Köln DGB Köln DGB Köln DGB Köln DGB Köln DGB Köln

Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

→ von Seite 1: Kliniken

Statt Synergien durch Standort-schließungen erzielen zu wollen, sollen die Städtischen Kliniken die Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Krankenhäusern, z. B. in Leverkusen suchen. Das „Zukunftskonzept“ dagegen sieht vor, durch Personalabbau zu sparen. Lediglich Pflegepersonal (von dem es durch den Pflegenotstand an allen Kliniken zu wenig gibt) soll davon ausgenommen sein.

Für DIE LINKE hat die Coronapandemie gezeigt, dass es ein fataler Fehler ist, in relativ „gesunden“ Zeiten Betten und Ärzte abzubauen. In Krisenzeiten mit einer hohen Belegung und einem hohem Krankenstand des Personals fehlen diese. Das halten wir für eine komplett verfehlte Krankenhauspolitik.

Eine andere aktuelle Entwicklung



in der Gesundheitspolitik halten wir grundsätzlich für richtig. Auch wir wollen eine stärkere Ambulantisierung von Leistungen. Diese Kapazitäten müssen aber aufgebaut werden, und DIE LINKE möchte das an öffentlichen Krankenhäusern tun. Die Städtischen Kliniken verfügen schon in einigen Bereichen über medizinische Versorgungszentren. Diese möchten wir ausbauen. Das verträgt sich aber nicht mit einem Schrumpfungsprozess und der Beschränkung auf einen Standort.

Auch wir wollen die kommunalen Krankenhäuser für Personal attraktiver machen. Dabei können preiswerte Klinikwohnungen für das Personal in einer teuren Stadt wie Köln den ausschlaggebenden Unterschied machen. Diese Personalwohnungen sollen laut „Zukunftskonzept“ an den aufgegebenen Standorten Holweide und Riehl entstehen. Gleichzeitig rechnet die Kämmerin fest mit dem

Verkaufspreis von 124 Mio. Euro für diese Filetgrundstücke. Sollten diese aber an einen Investor gehen, rechnet sich günstiges Personalwohnen für ihn nicht. Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt.

Wir brauchen unsere Städtischen Kliniken mit allen Standorten, um eine gute und bedarfsdeckende Gesundheitsfürsorge für die Kölnerinnen und Kölner bereitzustellen. Um das möglichst ohne Reibungsverluste steuern zu können, am besten wieder als städtischen Eigenbetrieb.

Uschi Röhrig

Die Fraktion DIE LINKE möchte von allen verstanden werden. Wir informieren daher über wichtige Dinge in **einfacher Sprache**.

Aus der letzten Ratssitzung gibt es hier zwei Reden in einfacher Sprache:

<https://www.linksfraktion-koeln.de/medien/einfache-sprache/>

